

„Wohin steuert die Kirche?“

Vortrag 10.3.2008 in der Christuskirche Braunschweig
von Dietrich Kuessner

Wohin steuert die Kirche? Die Kirche fährt nicht von alleine. Sie wird gesteuert, aber von wem? Darauf gibt es zwei unterschiedliche Antworten: Die einen sagen: die Landeskirche wird vom Landesbischof, einer Oberlandeskirchenrätin und drei Oberlandeskirchenräten gesteuert. Die fünf bilden das Kollegium, tagen jeden Dienstag und bestimmen den Kurs der Landeskirche. Die andern sagen: der Kurs der Landeskirche wird in den Gemeinden bestimmt, autonom, aber koordiniert in der Landessynode.

Personalwechsel in der Landeskirche

Nun gab es bei der Landessynode im Februar d.J. nur ein einziges Thema: in den nächsten sechs Jahren wird das gesamte Kollegium, die Führungsmannschaft, die den Kurs bestimmt, ausgetauscht. Alle fünf Positionen stehen zur Wahl: der Finanzreferent Dr. Fischer, Jahrgang 1945, hört im Frühjahr 2010 aus Altersgründen auf, die Suche nach einem Nachfolger beginnt nächstes Jahr. Der Referent für Gemeindefragen OLKR Kollmar, Jahrgang 1946, hört 2011 aus Altersgründen auf. Frau OLKR Müller ist auf 12 Jahre gewählt, die 2012 auslaufen. Im selben Jahr beendet OLKR Vollbach, der Rechtsreferent, die für sechs Jahre gewählte Amtszeit. 2014 wird der Landesbischof 65 Jahre alt und hat nicht durchblicken lassen, dass er weitermachen will. Da wird die alte Frage irgendwann lebhaft diskutiert: soll der nächste Landesbischof aus der Landeskirche kommen oder von auswärts. Für die Kursbestimmung der Landeskirche ist es entscheidend, welche Führungsmannschaft das Steuer in der Hand hat. Das muss wegen der begleitenden Fürbitte den Kirchengemeinden bewusst gemacht werden. Der Zeitpunkt für das Thema heute Abend „Wohin steuert die Kirche“ ist also gut gewählt. Aktueller geht's nicht.

Viele Vorschläge für den neuen Kurs

Für die Kursbestimmung der Kirche gibt es mehrere Kursbücher: für die ev. Kirche in Deutschland ist die Schrift „Kirche der Freiheit – Perspektiven für die ev. Kirche im 21. Jahrhundert“ von 2006 maßgebend, das vom Ratsvorsitzenden und Berliner Landesbischof Wolfgang Huber mit anderen erarbeitet worden ist. Seine Perspektive reicht bis ins Jahr 2030. Früher sagte man für „Perspektive“ „Orakel“, also: ein evangelisches Orakel.

Daneben gibt es drei Schriften mit Zukunftsvorschlägen aus unserer Landeskirche für unsere Landeskirche: bereits ein Jahr vor der EKD Schrift von Landesbischof Weber „Kirche im Wandel“ von 2004 mit 41 Thesen für die mittelfristige Zukunft von ca 10 Jahren. Dann hat die Theologische Kammer der Landessynode unter dem Titel „Kirche unter Menschen - Vorschläge zur konkreten Gestaltung der zukünftigen Arbeit in den Gemeinden“ 2006 vorgestellt, die maßgeblich von Seminardirektor Dieter Rammler bearbeitet worden sind. Ein eigenes Positionspapier hat der Gemeindeausschuss der Landessynode unter dem Vorsitz von Pfr. Harald Welge, Timmerlah, der Landessynode 2007 unter den Titel „Innere und äußere Gestalt kirchlichen Lebens“ vorgestellt, das an alle Kirchengemeinden zur Stellungnahme verschickt worden ist.

An Vorschlägen also mangelt es nicht, aber- - und das ist ein erstes wesentliches Manko, das für sie alle gilt - : wenn diejenigen, die zukunftsweisende Vorschläge machen, nicht auch jene sind, die sie umsetzen, bleiben die Vorschläge Papier. Nicht an Vorschlägen, sondern an einer gemeinsamen Umsetzung mangelt es.

EKD Schrift „Kirche der Freiheit – Perspektiven für die Ev. Kirche im 21. Jahrhundert“

Ich soll Ihnen in Kürze das Papier der EKD vorstellen, das nun schon zwei Jahre zurückliegt, sehr kritisch aufgenommen worden ist und zu dem als zweiter Reformschritt bereits einen Zukunftskongress Anfang letzten Jahres an der Wiege der Reformation in Wittenberg stattgefunden hat.

Chancen der Reform

Dieses Impulspapier beginnt mit einer Beschreibung von erheblichen Chancen zur Reform der Kirche in der gegenwärtigen Situation. Religion wäre nämlich im Kommen, es gäbe „die Re-Spiritualisierung als gesellschaftlichen Megatrend“ (S. 14). Die „radikalisierte Globalisierung“ rufe ein Suchen nach

Sinn und Werten hervor, an die die Kirchen anknüpfen könnten (S. 15). Das Interesse an religiösen Fragen wäre gestiegen, 74 Prozent aller Kinder glaubten an Gott, religiöse Erziehung würde für wichtig gehalten. 66 Prozent der Menschen beteten gelegentlich und jeder Fünfte der 16-29 Jährigen hätte ein „stark ausgeprägtes Interesse an religiösen Themen“ (S. 16). Zwölf Prozent der Ausgetretenen wäre im Laufe der Jahre wieder eingetreten. Diese 3,5 – 5 Millionen getaufte Nichtkirchenmitglieder, bzw Konfessionslosen wären also „ein gewaltiges Potential für besondere missionarische Initiativen“ (S. 17).

Ermutigende innerkirchliche Lage

Aber auch die innerkirchliche Lage wäre ermutigend: es gäbe ein „stabiles protestantisches Milieu“, eine Aufbruchstimmung unter den Mitarbeitenden und eine hohe Zahl von Ehrenamtlichen (S. 17), dazu unterschiedliche missionarische Aktivitäten und den Dialog mit gesellschaftlichen Multiplikatoren (S. 100). Die verschiedenen Frömmigkeitsstile (Fundamentalisten, Orthodoxe, Liberale, Charismatiker) wären näher zusammengedrückt. Die Pfarrer stünden in hohem gesellschaftlichen Ansehen. Die Wiedereintrittsziffern stiegen an. Evangelische Schulen würden vermehrt gegründet, und es gäbe eine Reihe von Erfolgsmodellen wie z.B. die City Kirchen Arbeit, Profilkirchen und Tourismuskirchen.

Bei einer derartigen Würdigung der kirchlichen Arbeit bei den gegenwärtigen Strukturen fragt man sich, warum man etwas ändern müsste. Damit beschäftigt sich Huber im dritten Teil dieses ersten Kapitels (S. 20ff):

Herausforderungen in der Zukunft

Es gälte nach Huber, folgende Herausforderungen zu begreifen: die Gemeindeglieder werden weniger und älter und die Landeskirchen ärmer. a) Wir werden weniger heißt: die Größe der Landeskirchen schrumpft: z.B. die rheinische Landeskirche in den nächsten 25 Jahren von 3 auf 2 Millionen, die Braunschweigische von 416.000 auf 293.000. b) Das Durchschnittsalter der Kirchenmitglieder werde von 44 auf 50 Jahre ansteigen, c) Wenn die Mitgliederzahl um ein Drittel sinkt, gibt es weniger Kirchensteuern. Die finanzielle Leistungsfähigkeit würde um die Hälfte zurückgehen (S. 22).

d) Die Menschen ziehen in die Städte. Der ländliche Raum würde zugunsten von Ballungszentren ausdünnen (S. 21f). Und das wäre für eine ländliche Landeskirche wie die Braunschweigische ein besonderes Problem.

e) Die Gemeindeglieder werden nicht nur weniger, älter und die Kirchen ärmer, sondern: die Gesellschaft wird unkirchlicher. Die Tauf-, Trau- und Beerdigungsziffern gehen nämlich dramatisch zurück und ziehen „eine Art generative Entkirchlichung“ nach sich (S. 23). In der Kirche vollziehe sich ein rapider Traditionsabbruch, es herrsche ein „religiöser Analphabetismus“, wie Umfragen nach der Bedeutung von Weihnachten und Karfreitag belegen. In den sog. östlichen Bundesländern verfestigt sich die Konfessionslosigkeit bereits in der dritten Generation.

f) In der Mitarbeiterschaft der Kirchen gäbe es Verunsicherung und mutlose Stimmungen in Hinblick auf die Zukunft. „Wer ständig mit sinkenden Gemeindegliederzahlen und schrumpfender Akzeptanz zu tun hat, gerät leicht in eine Depressionsschleife“ (S.24).

Sinkende Mitgliederzahlen in der Landeskirche

Ein Blick in die landeskirchliche Statistik bestätigt diese Aussagen. (Tabelle)

Die Landeskirche hatte 1950 651.000 Mitglieder, 26 Jahre später 1976 573.000 Mitglieder, 16 Jahre später 1996 wieder einhunderttausend weniger: 474.000, und im Februar 2008 399.888, also fast immer 100.000 weniger. So wenig Mitglieder hatte die Landeskirche im Jahre 1900.

Die Landeskirche wird „ärmer“; sie hat deutlich weniger Landeskirchensteuern zur Verfügung: rund 80.000 € im Jahr 1994, 71.000 € (2000), 52.000 € (2005). In letzter Zeit sind die Steuern infolge der gesamtwirtschaftlichen Erholung wieder auf 59.000 € gestiegen.

Sinkende Tauf-, Trau- und Beerdigungsziffern

Die sinkenden Mitgliederzahlen haben sinkende Tauf-, Trau- und Beerdigungsziffern zur Folge. Aber das ist nur ein Grund unter anderen. Die Taufziffern haben sich in den letzten 20 Jahren um mehr als Tausend verringert, von ca 5.000 auf 4000 Kinder und Erwachsene im Jahr 2001. Ebenso haben die Trauungen drastisch abgenommen, von 1.964 (1988) auf 964 im Jahr 2001.

Die kirchlichen Bestattungen haben sich von 7.700 (1976) auf 5.700 (2001) verringert. Es liegt nicht nur an der geringer gewordenen Mitgliederzahl, sondern auf der Propsteisynode am vergangenen Montag wurde mitgeteilt, dass ein wachsender Teil von verstorbenen evangelischen Kirchenmitglieder nicht mehr kirchlich bestattet wird. Hier macht sich u.a. der Traditionsabbruch bemerkbar. Die nächste, eher kirchenfremde Generation hat nichts dabei, auf den kirchlichen Trost zu verzichten. Die Beobachtung von der „generativen Entkirchlichung“ trifft für unsere Landeskirche durchaus zu.

Und das passt nicht zur Behauptung eines stabilen protestantischen Milieus. Man kann nicht von einem protestantischen Milieu in der Stadt Braunschweig sprechen, wenn der Oberbürgermeister mit seiner Frau zu Weihnachten in den Gottesdienst in den Dom geht. Signifikanter ist die Beobachtung, dass der Anteil der ev. Bevölkerung rund um die Stadtinnenkirchen ca 30-35 Prozent beträgt. Und auch in den Landgemeinden, in denen noch die Hälfte der Dorfbevölkerung evangelisch ist, kann von einem protestantischen Milieu seit alters her keine Rede sein, sondern eher von einem Milieu der Gleichgültigkeit gegenüber der Kirche.

„Gegen den Trend wachsen“

Was ist dagegen für die Zukunft zu tun: Die EKD-Schrift schlägt folgendes vor:

Man müsse „gegen den Trend wachsen“ und zwar sollten die Pfarrerninnen und Pfarrer den durchschnittlichen Gottesdienstbesuch von bisher 4% auf 10 % steigern.

Die Gemeinden, besonders auf dem flachen Lande, sollten fusionieren und in größere Seelsorgeeinheiten zusammengelegt werden. Die Ortsgemeinde habe als einziges Organisationsprinzip ausgedient.

Die Pfarrer und Pfarrerninnen sollten von der Wirtschaft lernen, eine Kirchengemeinde managermäßig zu führen, also nicht alles selber machen, Aufgaben delegieren und die Arbeit einer ständigen Produkt- und Effektivitätskontrolle unterwerfen.

Die Zahl der Prädikanten werde erheblich erhöht und die Zahl der Pfarrerschaft verringert werden. Nun braucht man auch nicht mehr so viel Kirchengebäude und Gemeindesäle.

Und auch am Kopf müsse rationalisiert werden. In Zukunft sollte es nicht mehr 23 Landeskirchen sondern nur noch ca acht geben (Tabelle EKD Kirchen).

Die Mindestgröße einer Landeskirche sollte etwa 1,5 Millionen Mitglieder sein. Es gibt immerhin 10 Landeskirchen mit unter einer halben Million Mitgliedern. Eine Art Fusion ist schon im Gange: Die Kirchenprovinz Sachsen und Thüringen werden ihre Kirchenverwaltungen zusammenlegen. Auch Nordelbien, das vor gut 30 Jahren sich aus den selbständigen Kirchen in Hamburg, Eutin, Lübeck und Schleswig Holstein zu der Großkirche Nordelbien vereinigt hatte, will nun mit Mecklenburg und Pommern eine Nordkirche - Ostseekirche bilden. Braunschweig sollte mit Hannover, Oldenburg und Schaumburg Lippe fusionieren.

Zauberwort Konzentration - Zentralisierung

Das Zauberwort heißt also Konzentration - Zentralisierung. Da die Bevölkerung in die Städte abwandert, sollen bis zum Jahr 2030 im evangelischen Teil Deutschlands einige große Kirchengebäude mit gemeinsamen inhaltlichen Schwerpunkten wie „Leuchtfener“ in die Gesamtkirche scheinen, und zwar ist der Berliner Dom verantwortlich für Kirche und Politik, Dresdner Frauenkirche für Friedens- und Versöhnungsarbeit, Nürnberger Lorenzkirche für Tourismusarbeit, Stuttgarter Stiftskirche eine Missionskirche, Wittenberger Schlosskirche für Predigtkultur, Thomaskirche Leipzig für Kirchenmusik, Reinoldikirche Dortmund für soziale Verantwortung, Michaeliskirche Hamburg für den Wirtschaftsdialog (S. 100).

Der illusionäre Charakter des EKD Papiers

a) Das Impulspapier macht streckenweise einen merkwürdig illusionären Eindruck, z.B. die Steigerung des Gottesdienstbesuches von 4 auf 10 %. Schon die Annahme von 4 % als Durchschnittswert wird kaum in einer Braunschweiger Kirche erreicht. Dann müssten in Katharinen mit 2.616 Gemeinemitgliedern sonntäglich ca 120 Besucher den Gottesdienst feiern. In der Regel sind es weniger als die Hälfte, also zwischen 1 und 2 Prozent, und das gilt für die meisten Sonntagsgottesdienste unserer Landeskirche. Diesen Besuch nun allmählich um mehr als das Doppelte, also auf sonntäglich über 200 Besucher zu steigern, und das nicht nur in Katharinen, sondern in Andreas, Magni, Michaelis u.a. geht an der Realität völlig vorbei.

b) Ich nenne ein zweites völlig kirchenfremdes Beispiel, nämlich das Vorhaben fünf Millionen ehemalige Kirchenmitglieder in die evangelische Kirche, und zwar in die Kirchensteuergemeinschaft zurückzuholen. In unserer Landeskirche hat es mehrfache Versuche gegeben, von Dietrich Fürst in den 80iger Jahren, von Propst Helmut Liersch in den 90iger Jahren, auf die Ausgetretenen zuzugehen. Die Ergebnisse waren – so Fürst wiederholt vor der Synode – deprimierend. Die Auswertungen wurden im Landeskirchenamt weggeworfen und sind nie wieder aufgetaucht, was Fürst mehrfach beanstandete. Die Kirche nimmt also die Säkularisierung gar nicht ernst. Und natürlich kann man in diesem Fall nicht von Mission reden, die sich nach üblichem Sprachgebrauch an Menschen richtet, die vom Evangelium und Kirche noch nie etwas gehört haben. Diesen aber ist die Kirche bekannt und sie haben sich bewusst umgedreht zu anderen Werten und Prioritäten.

Wahrnehmungsverlust der EKD Kommission

Woher kommt dieser Wahrnehmungsverlust? Der EKD Kommission gehörte kein Gemeindepfarrer an, sondern Spitzenkräfte aus den Landeskirchenämtern und der EKD Bürokratie v. Vietinghoff, OKR Gundlach und OKR Begrich, alle Hannover, Barrenstein, ein Münchner Industrieller, Bischof Bohl, Dresden, Prof. Renate Köcher, Allensbach (!), usf. Und der Ratsvorsitzende Huber hat im Gegensatz zu seinem Vorgänger Präses Kock nie auch nur ein Jahr in einer Kirchengemeinde gewirkt. Er hat eine Karriere an der Universität gesucht und gefunden.

Das Echo auf das Positionspapier der EKD

Dieses Zukunftspapier ist daher scharf kritisiert worden, wie sich denken lässt, zunächst von den kleineren Landeskirchen, die ihre Selbständigkeit verlieren sollen. Gegenüber dem epd bezeichnete Bischof Weber das Papier als „wenig hilfreich“ und nicht weiterführend. Die Lagebeschreibungen wären längst bekannt, die Lösungsvorschläge problematisch. Die EKD verkenne die Bedeutung und die Chancen kleinerer Landeskirchen. Er beanstandete die Zusammensetzung der Kommission, in der die kleineren Kirche schlecht vertreten wären.

Vor allem: längst unternommene Reformschritte in den anderen Kirche würden nicht berücksichtigt. Seit den 70er Jahren unter Bischof Heintze hat es z.B. Pfarrverbandszusammenschlüsse in den Propsteien Schöppenstedt und Goslar gegeben, die heute noch Bestand haben.

Verringerung des Gebäudebestandes

Der Gebäudebestand in der Landeskirche wurde kontinuierlich verringert. In den letzten 7/8 Jahren, also weit vor dem EKD Papier wurden 35 Pfarrhäuser verkauft, zehn weitere stehen auf dem Programm. In wenigen Dorfgemeinden hat sich eine Art Bürgerinitiative gebildet, um schrittweise den Baubestand ihrer Dorfkirche zu erhalten und verbessern, so z.B. in Wendessen. Das Dorf Haverlah hat auf Initiative von Pfarrer Rautmann 80.000 € für eine neue Orgel aufgetrieben.

Aber: dass in jedem Dorf eine Kirche steht, halte ich für die Zukunft unhaltbar. Viele Kirchen sind im 19. Jahrhundert nicht deshalb gebaut worden, weil im Dorf die Gemeindeglieder in hoher Blüte stand, sondern weil die Zuckerrübe die Landwirte und Staatsregierung reich gemacht hatten und die Kreisdirektionen ihren Reichtum eben auch in den Kirchbau und Kirchensanierung steckten.

Die Öffentlichkeit wurde kürzlich durch die Entscheidung der Diözese Hildesheim aufgeschreckt, dass eine Reihe von katholischen Kirchen zum Jahresbeginn geschlossen werden sollen. Die Landeskirche reagierte nicht etwa mit dem Hinweis auf ebenfalls viel zu viele Kirchengebäude in ihrem Bereich, sondern der Pressesprecher Strauss posaunte: Sowas würde in der evangelischen Kirche nicht passieren. Für die Zukunft wären alle Kirchen sicher und die katholischen Mitchristen könnten gerne die evangelischen mitbenutzen. Ich halte diese Auskunft für einen kapitalen Fehler. Aber erst vor einigen Wochen hat das Landeskirchenamt in einem Schreiben an alle Kirchengemeinden bekräftigt, es würden keine Kirchen geschlossen. Welchen Sinn kann es haben, Dorfkirchen zu restaurieren, womöglich mit den unsäglichen historistischen Quensen-Ausmalungen, wenn die Gemeindeglieder vom Land in die Stadt ziehen und die Restgemeinde zu alt ist, um noch in ihre Kirche zu gehen? Dann hört der Gottesdienst in den Dörfern keineswegs auf. Er wandert in die Häuser, wird enger, persönlicher und die Pfarrer können nicht mit aus dem Internet gezogenen Predigten landen. Plötzlich sind sie wirklich „nah bei den Menschen“.

Fortschreitende Ökumene lebenswichtig, aber nicht in den Zentralisierungssog der katholischen Kirche geraten

Gottesdienste beider christlicher Kirchen unter einem Dach sind ein auffälliges Signal dafür, dass für die Zukunft der Kirchen eine fortschreitende Ökumene lebenswichtig ist. (In unserer Reinsdorfer Dorfkirche hat jahrelang die katholische Gemeinde am Samstag Gottesdienste gefeiert und unsere Küsterin hat sogar die Kollekte für sie eingesammelt.) Dabei ist es schädlich, dass in der gewöhnlichen öffentlichen Wahrnehmung die katholische und evangelische Kirche oft als eine christliche Kirche angesehen wird. Die gravierenden Unterschiede verschwinden dabei. Der gravierendste Unterschied ist, dass die katholische Kirche im engen Sinn gar keine Kirche ist, sondern ein Kirchenstaat. Übrigens erst seit 1929, von Mussolinis Gnaden. Die verdrehte öffentliche Wahrnehmung verbirgt die Gefahr, dass die evangelische Kirche in den Sog des gegenwärtigen römischen Zentralismus gerät. Pius XII war ihr klassischer Vertreter im 20. Jahrhundert. Sein Nachfolger Johannes XXIII dezentrierte die römische Kirche, Benedict XVI führt die römische Kirche aus Angst vor der gottlosen Welt wieder zurück in den antiquierten Zentralismus, aber in der katholischen Kirche wogt die Auseinandersetzung zwischen römischem Zentralismus und reformkonziliaren De-Zentralismus manchmal dramatisch hin und her.

Verringerung des Pfarrerstandes der Landeskirche

Zurück zu den für die Zukunft der Landeskirche bereits unternommenen Schritten:

die Pfarrerschaft wurde dadurch verringert, dass die Pfarrstellen der aus Altersgründen ausscheidenden Pfarrern und Pfarrerinnen nicht alle wieder besetzt wurden. 2007/2008 gehen allein 21 Pfarrer in den Ruhestand. Es sollen nur ca 4 Stellen durchschnittlich wieder besetzt werden. Zur Zeit gib es 29 Vakanzen. In den letzten zehn Jahren wurden auf diese und andere Weise 40 Stellen eingespart. In der Propstei Braunschweig gab es vor zehn Jahren 1996 noch 99.000 Gemeindeglieder und 65 Pfarrstellen, 2007 sind es 20.000 weniger: 78.000 Mitglieder und 51 Pfarrstellen. 14 Pfarrstellen sind also bereits eingespart worden.

Vernichtung wichtiger Arbeitsbereiche

Dabei kommt es zu Beschädigungen. Zur Zeit sind Fragen von Arbeit und Beschäftigung Thema Nummer eins, aber das dafür zuständige Pfarramt für Industrie- und Sozialarbeit wurde abgeschafft. Das Thema Umweltschutz, Klimawandel ist das nächste aktuelle Thema, aber das hauptamtliche Umweltpfarramt wurde abgeschafft. „Gewalt an den Schulen“ wird in der Öffentlichkeit breit diskutiert, aber Pfarrer Burkhardt mit seinem bekannten Projekt „Schritte gegen Tritte“ wurde sang- und klanglos nach Hannover abgegeben. Unerledigt ist das Thema der Gleichberechtigung der Frau. Die Stelle der Frauenbeauftragten wurde kürzlich ersatzlos erledigt. Die Beauftragte für Diakoninnen Eva Viedt verlässt die Landeskirche in Richtung Dänemark. Das sind alles Bereiche, in denen die zuständige Pfarrer mit Menschen zusammenkommen, die der Landeskirche ziemlich distanziert gegenüberstehen. Diese Schichten werden für die Landeskirche schwerer erreichbar.

Dazu kommt, dass gute Leute erfolgreich abgeworben werden. So hat erst kürzlich der 34 jährige Pfr. Michael Rohde, der erst seit drei Jahren an der Gandersheimer Stiftskirche tätig war, die Landeskirche in Richtung Bundeswehr verlassen.

Keine Hilfe von den Universitäten

Die Frage der zukünftigen Gestalt der Kirche ist auch eine Frage, welche Vorstellungen die heute 35jährigen Pfarrer und der theologische Nachwuchs von der zukünftigen Landeskirche haben, und welchen Schub sie von den Universitäten für diese Aufgabe mitbekommen. Nach meiner Beobachtung leisten die evangelischen Fakultäten zum künftigen Umwandlungsprozess der Landeskirchen überhaupt keinen Beitrag, jedenfalls keinen sichtbaren und förderlichen. Und sie ermutigen die Studenten auch nicht, den gesellschaftspolitischen Auftrag der Kirche wahrzunehmen. Sie definieren nicht Arbeitslosigkeit als eine Form von Gottlosigkeit und die Globalisierung als Widerspruch zum christlichen Bekenntnis wie die reformierte Kirche. Die Friedensfrage ist durch die Beteiligung am Afghanistankrieg und seine 26 deutsche Tote auf der Tagesordnung der Kirche geblieben.

„Leuchtturm“ in der Landeskirche

Die EKD Schrift, endet mit der Beschreibung der Leuchtturm. Auch diese Idee ist in jeder Landeskirche längst erprobt und uralt. Überall wo Pfarrer oder Pfarrerinnen für eine Sache brennen, Mitarbeiter finden und sie im Dienst des Evangeliums verwirklichen, gibt es solche Leuchtturm. Leuchtturm in unserer Landeskirche sind seit langer Zeit das KFS Seminar, die Aktion „Klasse wir

singen“ im Frühjahr letzten Jahres, überhaupt die Kirchenmusiken in Braunschweig, Wolfenbüttel, Bad Harzburg, Goslar, Gandersheim und anderswo, die Posaunenarbeit unter der Leitung von Herrn Markowicz, die Sozialarbeit in der Kreuzgemeinde, in dieser Gemeinde, von Christoph Brinckmeier angeregt, die Konfirmandenelternarbeit. Die Studentengemeinden waren früher solche Leuchtfeuer. Leuchtfeuer sind abhängig von der Gruppe, die das Feuer unterhält. Mit der Zeit geht es aus und woanders entstehen neue Leuchtfeuer. Der Unterschied zu denen in der EKD Denkschrift ist, dass sie variabel sind und von unten aus der Gemeindegemeinschaft heraus entstehen und nicht von oben installiert werden.

Aber auch bei uns besteht die Gefahr der Installation von Strohfeuer statt Leuchtfeuer. So soll auf Beschluss der Landessynode in Braunschweig eine Jugendkirche eingerichtet werden. Das ist ein fragwürdiges Unternehmen. Jugendkirche entsteht dort, wo in einer Kirchengemeinde lebendige und anziehende Jugendarbeit betrieben wird, die sich dann auf Zeit zu einem Leuchtfeuer für die Braunschweiger Jugend entwickelt. Im übrigen muss daran erinnert werden, dass die Kirche bereits dorthin geht, wo sich die Jugend aufhält, nämlich in die Schulen und gelegentlich auch mal in den Jolly Joker.

Bischof Weber war mit seiner Kritik keineswegs allein. Die schärfsten Vorbehalte wurden auf dem Deutschen Pfarrertag im September 2006 formuliert. Die Kirchen dürften sich aus der Fläche nicht verabschieden, forderte der Vorsitzende Pfarrer Weber.

Unterschätzung des Säkularismus

Besonders ärgerlich an der EKD Schrift fand ich persönlich die leichtfertige Unterschätzung des Säkularismus, der als ein ernsthafter Aspekt der Moderne mit eigenem Anspruch und eigener Ethik gewürdigt werden sollte. In der Stadt Braunschweig, in der sich das Bürgertum seit dem 18. Jahrhundert und die Arbeiterschaft seit dem 19. und 20. Jahrhundert vom Evangelium verabschiedet hat, hat sich eine eigene, kirchendistanzierte bis kirchenablehnende liberale Kultur mit einem ausgeprägten Milieu mit einer eigenen Ethik und einem autonomen Wertesystem gebildet. Dorthin wandern die Kirchenmitglieder ab und richten sich dort auch endgültig ein. Demgegenüber halte ich die Hoffnung auf eine sog. „Re-Spiritualisierung als gesellschaftlichen Megatrend“ für geradezu infantil.

Alle Kritik aber prallte am Ratsvorsitzenden Huber und der EKD Kommission ab, und sie beriefen im Januar 2007 einen Zukunftskongress nach Wittenberg, wo im Grunde alles wiederholt und die Pfarrerschaft wieder übergangen wurde. Von der Landeskirche nahmen an diesem Kongress die Synodalen Dr. Schulze und Lutz Hagener teil, berichteten der Landessynode und das wars. Das EKD Impulspapier ist meiner Beobachtung nach bereits in die Archive gewandert.

Zentralisierungsvirus in der Landeskirche

Der Virus der Zentralisation grassiert nicht nur in der EKD, sondern viele Gemeindeglieder stellen sich die Frage, ob unser Landeskirchenamt nicht denselben Weg der Zentralisierung erstrebt wie das EKD Papier, nämlich eine Zentralisierung auf vielen Ebenen.

Ein Blick auf die Propsteien zeigt das erhebliche Größengefälle unserer 13 Propsteien (Tabelle).

Seit Jahren sind die Zentralisierer in unserer Landeskirche am Werk und zaubern immer neue Vorschläge zur Zusammenlegung von Propsteien vor. Aber sie sind bisher alle in der Landessynode gescheitert. Sie betreiben die Zentralisierung der Gemeindefinanzen mit der scheinheiligen Begründung, die ach so überlasteten Pfarrerschaft würde nun frei für Hausbesuche und Seelsorge. Aber mit diesem Vorstoß sind sie im vergangenen Jahr zweimal in der Landessynode gescheitert. Nichtsdestotrotz hat der Synodenpräsident Eckels in der Braunschweiger Zeitung diesen Vorschlag erneut wiederholt und ist von Pfr. Etzold, Broitzem zurückgewiesen worden.

De-Zentralisierung in der Landeskirche

Wie man keine zentral gesteuerte bürokratische EKD-Superkirche, sondern die Vielfalt unterschiedlich profilierter Landeskirchen will, so auch in der Landeskirche keine zentral steuernde Superbehörde in Wolfenbüttel. Das andere Zauberwort heißt De-Zentralisierung. Die Kirchengemeinden sollen stark gemacht werden. Und zwar in jeder Hinsicht:

Die Kirchengemeinde als Körperschaft öffentlichen Rechts behält die völlige Finanzhoheit und das Steuerrecht. Sie kann wirtschaften, sparen und im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten auch personelle Schwerpunkte setzen und Steuern erheben. Sie kann dadurch die zum Himmel schreiende Steuerungerechtigkeit beseitigen. Denn immer noch zahlt ja nur ein Drittel aller Kirchenmitglieder eine Landeskirchensteuer. Durch die Erhebung einer Ortskirchensteuer können nun endlich auch jene älteren Gemeindeglieder herangezogen werden, die keine Lohnsteuer mehr zahlen, weil sie eine Rente beziehen. Es sei denn, man geht auf die Dauer auf einen lange vorgebrachten Vorschlag zurück, der kürzlich sogar vom Landesbischof in die Diskussion eingebracht wurde, dass nämlich die Landeskirchensteuer durch eine allgemeine, von allen Bürgern zu entrichtende Kultur- und Sozialsteuer ersetzt wird.

Bei den Kirchengemeinden liegt die völlige liturgische Hoheit. Sie haben also wie bisher das Recht, Gottesdienste zu gestalten. Sie können mit Kirchenvorstandsbeschluss und Zustimmung der Gottesdienstgemeinde das Abendmahl auch ohne Pfarrer zu feiern. Sie bestimmen, ob alle Gottesdienstteilnehmer oder nur die Frommen zum Abendmahl zuzulassen werden. Auch ob es eine Altersbegrenzung für die Teilnahme gibt.

Die Trennung der kirchlichen Trauung von der standesamtlichen Eheschließung ist längst fällig und bei der Reformsynode 1995 diskutiert worden.

Alle diese gottesdienstlichen Fragen werden im Einklang mit der Landeskirche, aber vor Ort und nicht von oben entschieden. Das bedeutet, es wird die geistliche Vollmacht der Gemeinde entdeckt.

Vor Ort wird dann auch entschieden, wer getauft, konfirmiert, getraut und beerdigt wird. Neuerdings ist die Entscheidung im Konfliktfall der Propstei übertragen.

Vor Ort wird auch entschieden, wer zum Kirchenvorstand gehört. Erst kürzlich machte die Entscheidung des Propsteivorstandes Königslutter Schlagzeilen, weil er gegen das geltende Kirchenrecht und vor allem gegen den Willen des Kirchenvorstandes vor Ort eine langjährigen, ordentlich gewählten und geistliche eingeführten Kirchenvorsteher aus seinem Dienst entließ. Ein Schlag gegen die Autonomie der Kirchengemeinde

Bei den Zentralisierern herrscht die Neigung vor, das Kirchenrecht ihrem zentralen Machtanspruch unterzuordnen.

Vor Ort kann auch ein System der gegliederten Kirchenmitgliedschaft entwickelt werden, das unabhängig von der Kirchensteuer ist. Es gäbe dann auch eine Kirchenmitgliedschaft außerhalb der Kirchensteuergemeinschaft und das wäre für die Rückkehrer attraktiv.

Bisher ist die Taufe das klassische Portal zur Kirchenmitgliedschaft. Sie sollte nicht das Einzige sein. Dass die Gemeinschaft der Getauften zugleich die Kirchensteuergemeinschaft ist, halte ich für obszön.

Alles dies Möglichkeiten sollten von den Kirchengemeinden sofort aufgegriffen und umgesetzt werden.

Die Landessynode hat die Möglichkeit, derlei zur Zeit am Rande der amtlichen Legalität befindlichen Vorschläge auf Zeit zur Erprobung freizugeben und danach die Erfahrungen zu bündeln. Ein Schuss charismatischer Illegalität würde die Landeskirche außerordentlich beleben.

Die Mittelinstanz der Propsteien kann in den ländlichen Bezirken schrittweise abgeschafft werden, weil die souveränen Kirchengemeinde online mit dem Landeskirchenamt ihre Verwaltungsangelegenheiten ordnen. Wenn die Pröpste also wirkliche Seelsorger der ihnen anvertrauten Pfarrerrinnen und Pfarrer werden, besuchen, Gespräche führen, aber kontinuierlich und nicht alle zwei/ vier Jahre und zwar nicht mehr als Dienstvorgesetzte, dann müssten – so der Vorsitzende des Gemeindeausschusses Welge - die Zahl der Pröpste nicht verringert, sondern vermehrt werden.

Wenn die Gemeinde wieder neu in den Blick kommt, dann würde die Ev. Zeitung nicht zum Jahresende eingestampft. Es soll ja unter der Leitung des Braunschweiger Pressesprechers ein neues Publikationsorgan entstehen, in dessen bisherigen zwei Probenummern die Kirchengemeinde gar nicht vorkommen. Als Leserschaft ist auch nicht die Gemeinden gedacht sondern, wie es heißt, an die

„gesellschaftlichen Multiplikatoren“, an die es kostenlos verteilt werden soll. Ich halte diese Wendung weg von den Gemeinden für einen Skandal. Heute kam das sog. „evangelische Magazin“ Chrismon mit der Süddeutschen ins Haus.

Es ist die Märznummer, also für Passion und Osterzeit gedacht. Titelblatt: „Leidenschaft, harte Arbeit und vielleicht ein bisschen Bärlauch: die Sternköchin Johanna Meier und die Boxerin Ina Menzer über ihre Erfolgsrezepte. S. 44 ff: „Die zehn Gebote Literatur, exklusiv für Chrismon. Folge 2: Der Schriftsteller Arno Geiger über eine Bootsfahrt mit Madonna“. Und auf die Passionszeit, nämlich die Gethemanegeschichte geht die Hauptgeschichte folgendermaßen ein: „Ostern Wachtet, betet, bittet Jesus in Todesangst seien Jünger. Vergebens. Sechs Geschichten über den Schlaf zur falschen Zeit.“ Näherhin: S. 12 „Warum wir zu den unmöglichsten Zeiten wegnicken“ mit sechs Bildern von schlafenden Menschen und Tieren. Und mitten drin ein Kommentar vom Ratsvorsitzenden Huber. Unsere Landeskirche zahlt für diese Gotteslästerung viel Geld und der Bischof und die Oberlandeskirchenräte, die derlei unterstützen haben in gravierender Weise gegen ihr Ordinationsgelübde verstossen. Es ist ein klassisches Dokument der Selbstsäkularisierung der evangelischen Presse.

Wo die Gemeinden stark gemacht werden, kann die Zentrale abspecken. Bei den eingangs erwähnten anstehenden Wahlen auf der Kommandobrücke der Landeskirche wäre durchaus zu fragen, ob die Landeskirche zwei Juristen braucht, oder das Finanzreferat nicht von einem finanzverständigen Volkswirt geleitet werden kann. Das theologische Vermögen der beiden theologischen Oberlandeskirchenräte ist in der Landeskirche durchaus umstritten. Auch da wäre die Frage, ob eine Oberratsstelle nicht als halbe Stelle ausgewiesen werden könnte.

Also auch in unserer Landeskirche wogt der Kampf zwischen Zentralisierern und „De-Zentralisierern“, der sich auf allen Ebenen der Landeskirche abspielt. Es gibt Zentralisierer auch in den Kirchengemeinden und Dezentralisierer auch im Landeskirchensamt.

Vergessene Reformsynode 1995

Was ich Ihnen hier vortrage, ist alles nicht neu, es ist längst vorgestellt und auch diskutiert worden, nämlich bei der Reformsynode 1995. Damals hatten sich 180 Kirchengemeinden, Gruppen und Einzelpersonen zu umfassenden Reformvorschlägen geäußert. Das liegt nun 13 Jahre zurück.

Warum ist davon so wenig bekannt und nichts verwirklicht worden? Weil die Grundsatzfrage: Zentralisierung oder Dezentralisierung nicht behandelt und entschieden worden ist. Von Fall zu Fall, von Gesetzesvorlage zu Gesetzesvorlage, wurde auch in der vergangenen Landessynode mal zentral, mal dezentral entschieden, manchmal sogar als Zufallsentscheidung. Und es kam auch vor, dass das Landeskirchenamt sich weigerte, einen Beschluss der Landessynode umzusetzen.

Also auch in unserer Landeskirche wogt der Kampf zwischen Zentralisierern und De-Zentralisierern., die sich auf alle Ebenen der Landeskirche verteilen. Es ist keinesfalls so, dass die Zentralisierer sich sämtlich im Landeskirchenamt befinden und die De-Zentralisierer in den Kirchengemeinden. Auch in der Kirchenbehörde gibt es Mitarbeiter, die mehr Verantwortung in die Kirchengemeinden delegieren wollen und in den Kirchengemeinden Anhänger, die Verantwortung gerne abgeben und sich einen ruhigen Lenz machen. Beide Bewegungen können sich, wie zwei Seelen ach, in einer Brust wiederfinden. Mal schlägt das Herz mehr für das Zentralisieren und mal mehr für Abgeben.

Der künftige Kurs der Landeskirche sollte endlich entschieden werden, und zwar am besten zu Gunsten der Kirchengemeinden. In jedem Fall aber kann es nur einen und zwar gemeinsamen Kurs geben.

Aussprache

In der Aussprache wurde beanstandet, dass die Frage von Zentralisieren und De-zentralisieren die Gemeinde nicht interessiere. Man wolle mehr hören, wie denn das Bild der Kirche in Zukunft aussähe. Ich füge daher in Stichworten die beiden unterschiedlichen Möglichkeiten einer zukünftigen Entwicklung an.

Die zwei theoretischen Möglichkeiten

Die zentralistische Kirche verlagert sämtliche Verwaltungsvorgänge von den Kirchengemeinden auf die Ebene der Propstei und vor allem des Landeskirchenamtes. Auch die Verwaltung der Friedhöfe geschieht wie die der Kindergärten zentral. Das hat zur Folge, dass wesentliche bisherige Aufgaben für die Kirchenvorstände wie z.B. die Prüfung der kirchlichen Kassen und die Bauunterhaltung ganz entfallen und die Aufstellung der Haushaltspläne nur noch eine Formsache bleiben. Es können Wünsche an die Zentralen gerichtet werden.

Die Stellung der Kirchengemeinde als eines Rechtsträgers, nämlich einer Körperschaft öffentlichen Rechts wird faktisch ausgehöhlt.

Der Gemeinde verbleiben vor allem die Verantwortung für Gottesdienst und Seelsorge.

Dieses System hat einen paternalistischen Anstrich. Von oben wird für die Gemeinde gesorgt. „Man tue alles nur zum Wohle der Kirchengemeinden“ ist die ständige als nebelkerzenartige Behauptung der Zentrale.

Das Pfarrerbild nähert sich immer mehr dem eines Funktionär, der den Anweisungen der Zentrale folgt.

Die künftige vermehrte fällige Ausdünnung der Kirchengemeinden fällt nicht ins Gewicht, weil der zentrale Apparat auch noch funktioniert, wenn die letzte Kirchengemeinde gestorben ist.

Die de-zentrale Kirche stärkt, wie oben beschrieben, die Selbstverantwortung der Kirchengemeinden in verwaltungsmäßiger und geistlicher Hinsicht. Vor Ort fallen alle Entscheidungen. Das Landeskirchenamt ist ein Dienstleistungsbetrieb, der den Kirchengemeinden auf Wunsch zuarbeitet. Der kürzliche Bescheid von OLKR Dr. Fischer, der die Bearbeitung sämtlicher Personalfragen ungefragt den Kirchengemeinden zuschiebt, ist eine kindische Trotzreaktion auf den ablehnenden Bescheid der Landessynode vom November 2007, eine zentrale Kassen- und Buchungsstelle einzurichten. Wie bisher verbleiben alle bisherigen Aufgaben des Landeskirchenamt (Pfarrergehälter, Kirchbau u.a.) in der Kirchenbehörde.

Der Pfarrer/Pfarrerin leitet mit einem(r) Prädikanten und Lektorin einen größeren Gemeindebereich. Der/die Prädikantin erhält zur ständigen gottesdienstlichen Versorgung einen festen Ortsbereich im Umkreis der Kirchengemeinde. Der Einsatz der Prädikanten erfolgt nicht durch die Propstei sondern durch den Ortspfarrer. Die zu einer Kirchengemeinde zugehörige Gemeindegliederzahl wird auf dem Lande bis zu 3.000 Mitgliedern erhöht. Dabei ist entscheidend, dass auch kleinste Kirchengemeinden unter 100 Gemeindegliedern einen Kirchenvorstand behalten, der sich vor Ort auch bei Abwesenheit des Pfarrers für das geistliche und verwaltungsmäßige Leben vor Ort verantwortlich fühlt. Dazu sollte das gottesdienstliche Leben insofern verstärkt werden, als in jeder Kirche einmal wöchentlich von Mitgliedern des Kirchenvorstandes und eines Mitarbeiterkreises das Evangelium des Sonntags, ein Psalm, das Vaterunser und der Segen verlesen und gesprochen wird. Das sollte am Wochenende oder am Sonntag sein. Der Ortspfarrer/in ist für die Fortbildung und Vertiefung der Prädikanten- und Lektorendienste verantwortlich und nimmt dafür die Dienste des Predigerseminars in Anspruch.

In der Praxis wird es sich ergeben, dass beide Möglichkeiten in Mischform in unterschiedlicher Stärke von den Kirchengemeinden wahrgenommen werden, je nach Verantwortungsfreude, Mitarbeiterpflege, dienstlichem Geschick der für die Kirchengemeinde verantwortliche Mitarbeiterschaft.